

Antworten der SPD

1. **Wie wollen Sie zur Armutsreduzierung in Hamburg, insbesondere der Armutsreduzierung der alleinerziehenden und älteren Frauen beitragen?**

Wir haben ein gemeinsames Arbeitsmarktprogramm von BASFI, Agentur für Arbeit und Jobcenter Hamburg vorgelegt in dem alle Maßnahmen mit konkreten Zielen und Kennziffern hinterlegt sind und regelmäßig überprüft werden. In diesem Zuge bieten zwei Jobcenter-Standorte ein spezialisiertes Betreuungsangebot für Alleinerziehende an. Unsere Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Kita-Angebote (Hamburg ist im Bundesvergleich Vorreiter hinsichtlich der angebotenen Krippen- und Kitaplätzen und die fünfstündige tägliche Grundbetreuung ist kostenfrei) sowie der Ausbau der Ganztagschulen dienen der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und stärken damit auch die Möglichkeiten Alleinerziehender.

Überregionale Angebote wie der Alleinerziehenden Treffpunkt und Beratung (ATB) ergänzen die bestehenden Beratungsangebote in den Stadtteilen. Mit der unbürokratischen Umsetzung der neuen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten haben wir, bundesweit beachtet, viele leistungsberechtigte Kinder erreichen können. Die Armutslage alleinerziehender Frauen kann nur durch bessere Erwerbschancen und die Schaffung einer geeigneten Infrastruktur zur Kinderbetreuung verbessert werden. Hier haben wir erhebliches geleistet. Mit der Mütterrente wurde auf Bundesebene eine weitere Verbesserung der Anerkennung von Erziehungsleistungen bei der Rente und damit der Situation vieler älterer Frauen erreicht.

Die eigentlichen Weichenstellungen zur Bekämpfung der Einkommensarmut werden auf Bundesebene gestellt. Entscheidend hierfür ist die Ermöglichung von guter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und der Aufbau von entsprechenden Ansprüchen in der Alterssicherung. Ein gutes Beispiel dafür ist zudem die Einführung des Mindestlohns, der zu einem hohen Prozentsatz gerade Frauen zu Gute kommt.

Unser Einsatz für gute Arbeit wird deshalb vor allem Frauen zu Gute kommen. In diesen Anstrengungen werden wir nicht nachlassen.

2. **Gewalt gegen Frauen verletzt milliardenfach das Recht der Frau auf Ihre Würde und Unversehrtheit. Auch in Hamburg ist jede 4. Frau Gewalt ausgesetzt, vor allem häuslicher Gewalt. Das Landesaktionsprogramm schützt Opfer. Wichtig sind präventive Maßnahmen. Wie wollen Sie in Hamburg dazu beitragen, Gewalt aus menschlichen Beziehungen zu verbannen und Gewaltfreiheit als Teil der Kultur Hamburgs zu etablieren?**

Wir haben Wort gehalten und erstmals ein spezifisches Konzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen für Hamburg vorgelegt.

Wir wollen eine Stadt des solidarischen Miteinanders ohne Gewalt. Gewalt darf nicht erst bekämpft werden, wenn sie geschehen ist. Ihr ist vielmehr verstärkt schon vorbeugend entgegen zu wirken.

Antworten der SPD

Dazu haben wir zum Beispiel das Projekt „StoP“ im Stadtteil Steilshoop unterstützt, in dem nachbarschaftliche Netzwerke geschult und gestärkt wurden, um vorbeugend gegen Partnergewalt wirken zu können.

Zudem werden wir eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne zur Ächtung von Gewalt durchführen.

Im Hinblick auf ausgeübte Gewalt soll in unserer Stadt eine Kultur des Hinschauens geschaffen werden. Dazu soll die Nummer des bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ überall in der Stadt erkennbar zur Verfügung stehen. Das „Konzept des Senates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Menschenhandel und Gewalt in der Pflege“ soll weiterhin konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Die Hamburger Frauenhäuser sind als wichtige Schutzräume für durch Gewalt betroffene Frauen und Kinder unverzichtbar und werden in Hamburg (ebenso wie in Schleswig-Holstein) vorbildlich finanziert. Darüber hinaus haben wir über den Sanierungsfonds bereits umfangreiche Sanierungsmaßnahmen ermöglicht. Eine weitere (Neubau-)Maßnahme betreffend das zweite Frauenhaus in Hamburg ist ebenfalls auf den Weg gebracht.

Auf Bundesebene werden wir dazu beitragen, dass die so genannte Istanbul-Konvention umgesetzt wird, und uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Schutzlücken bei der Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt durch die auf Bundesebene angekündigte Reform des Sexualstrafrechts konsequent geschlossen werden.

3. Was erwarten und planen Sie im Zusammenhang mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für die nächste Legislaturperiode? Wie bewerten Sie bisherige Erfolge, wo sind künftige Schwerpunkte zu setzen?

Wir wollen das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm weiter umsetzen und fortschreiben. Damit wollen wir die gerechte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen verankern.

Durch das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm ist erstmalig das Thema in seiner Breite als Querschnittsaufgabe angegangen worden und berücksichtigt umfassend die verschiedenen betroffenen Lebensbereiche und Lebensphasen. Dies ist ein wichtiger Schritt und die vielen einzelnen Maßnahmen in den unterschiedlichen Bereichen sind jede für sich ein Erfolg. Beispielhaft seien die Einführung des Gender Budgeting, die Novellierung des Gleichstellungsgesetzes und das neue Gremienbesetzungsgesetz zu nennen.

Diesen Weg gilt es weiter zu beschreiten. Das Gender Budgeting wollen wir weiter entwickeln. Das Gleichstellungsgesetz wird durch ein Qualifizierungsprogramm zu seiner Einführung und Umsetzung begleitet werden und auch die Besetzung von Gremien steht weiter auf der Agenda. Wichtig ist aber auch die Aufgabe, die weitere Verfestigung oder Verankerung gleichstellungspolitischer Leitlinien in zentralen Programmen und Konzepten des Senats (Integrationskonzept, Fachkräftestrategie, Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung u.ä.).

Antworten der SPD

Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für eine gerechte Teilhabe und Entgeltgleichheit von Frauen und Männern einsetzen.

4. Wohnen und Verkehr in der Großstadt: zwei Herausforderungen für Frauen mit Kindern. Welche politischen Planungen verfolgen Sie z.B. in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum, Entlastung Alleinerziehender, Mehrgenerationenhäuser, mehr und günstigeren ÖPNV, bessere Taktzeiten im ÖPNV?

Zum Bereich Wohnen:

Wir wollen, dass alle, die in unserer Stadt leben wollen, sich dies auch leisten können. Die Bezahlbarkeit der Wohnungen ist für uns Teil der sozialen Gerechtigkeit. Daher brauchen wir kleine Wohnungen genauso wie größere Wohnungen für Familien mit Kindern, Mietwohnungen für Normalverdiener ebenso wie Eigentumswohnungen und Sozialwohnungen. Damit bieten wir Wohnungen in Hamburg für alle: für diejenigen, die nur den Mindestlohn erhalten genauso wie für Normalverdienerinnen und Normalverdiener, Rentnerinnen und Rentner und den Mittelstand. Wir werden wir an dem Grundsatz festhalten, in jedem größeren Wohnungsbauprojekt mindestens ein Drittel sozialen Wohnungsbau vorzusehen.

Wir werden das Wohnungsbauprogramm für Hamburg fortsetzen. Wir wollen weiterhin in Zukunft pro Jahr mindestens 6.000 Wohnungen bauen, davon 2.000 Sozialwohnungen. Die SAGA GWG soll weiterhin Jahr für Jahr mit dem Bau von 1.000 Wohnungen beginnen. Wir wollen, dass ab 2015 alle öffentlich geförderten Neubau-Mietwohnungen in einem barrierefreien Standard gebaut werden. Wir werden uns um vordringlich Wohnungssuchende kümmern. Wir wollen Mehrgenerationenhäuser fördern.

Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt wurden und vorübergehend Schutz in Frauenhäusern gefunden haben, gehören ausdrücklich zu der Gruppe derjenigen, die vordringlich mit Wohnraum zu versorgen sind. Wir haben zudem Anstrengungen unternommen, Wohnungsbaugenossenschaften und „SAGA GWG“ für die Bedarfe dieser Gruppe zu sensibilisieren.

Seit September 2013 gilt eine Rechtsverordnung, mit der die Möglichkeit für Mieterhöhungen bei einem laufenden Mietverhältnis auf max. 15 Prozent alle drei Jahre (vorher 20 Prozent) begrenzt wird. Damit hat Hamburg den vom Bund eingeräumten Spielraum konsequent genutzt. Wir werden die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Mietpreisbremse für Bestandsbauten in Hamburg im Dialog mit den Partnern des Bündnisses für das Wohnen einführen.

Zum ÖPNV:

Der öffentliche Personennahverkehr ist das Rückgrat der Mobilität in der Stadt. Wir werden ihn nachfragegerecht ausbauen, durch neue Linien, größere Fahrzeuge und engere Taktungen. Wir werden durch den Einsatz größerer Fahrzeuge und eine noch engere Taktichte kurzfristig mehr Platz für die Fahrgäste der Hamburger Busse anbieten können. So werden wir die Kapazität der Metrobusse in den nächsten Jahren um bis zu 30 Prozent steigern können.

Antworten der SPD

Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr bedeutet für uns auch: Auf den wichtigen Metrobuslinien kommen die Busse durch Busvorrangschaltungen an den Kreuzungen besser voran. Wir wollen höhere Reisegeschwindigkeiten verbunden mit hoher Verlässlichkeit und mehr Pünktlichkeit. Die Haltestellen an den hochfrequentierten Metrobuslinien sollen mehr Komfort und ein modernes und sauberes Erscheinungsbild bieten, verbunden mit aktueller elektronischer Fahrgastinformation in den Bussen und an den Haltestellen.

Wir wollen, dass die Hamburger U- und S-Bahnstationen bis Anfang der zwanziger Jahre barrierefrei sind. Zur Umsetzung der Barrierefreiheit werden wir finanzielle Mittel bereitstellen. Alle Busse von HOCHBAHN und VHH in Hamburg sind bereits heute barrierefrei. Durch den Bau von Fahrbahnrandhaltestellen mit leicht erhöhten Bordsteinkanten sollen aber auch die Bushaltestellen nach und nach für mobilitätseingeschränkte Menschen und Personen mit Kinderwagen oder viel Gepäck besser zugänglich werden. Wir beginnen mit den hochausgelasteten Metrobuslinien im Rahmen des Programms zum Ausbau der Kapazität unserer Busse (Busbeschleunigung).

Wir werden den Schienenpersonennahverkehr weiter ausbauen. Dies betrifft die Regionalbahnen genauso wie das S- und U-Bahnnetz. Die neuen S-Bahnstationen „Ottensen“ und „Elbbrücken“ sind bereits in der Bauplanung. Wir wollen das S- Bahnnetz bis Mitte der 20er Jahre um mehrere neue Linien erweitern: Die S 21 aus Bergedorf soll von Eidelstedt bis Kaltenkirchen verlängert werden und auf dieser Strecke die AKN Eisenbahn AG ersetzen. Ab Elbgaustraße soll eine neue S32 zum Hauptbahnhof geführt und dann nach Harburg verlängert werden. Die neue S4 vom Hauptbahnhof in Richtung Ahrensburg und Bargteheide wird neue Stationen in Hamburg schaffen, den ganzen Hamburger Osten verkehrsmäßig besser erschließen und mehr Passagiere verlässlich und ohne Verspätung befördern. Die S4 wird zudem den Hauptbahnhof und die Strecke nach Lübeck entlasten und Trassenkapazitäten freimachen für die überregionalen Schienenverkehre.

Es werden Verhandlungen mit Schleswig-Holstein aufgenommen mit dem Ziel, die Verbindung der S1 nach Wedel zu optimieren.

Mit der Linie U4 hat Hamburg eine zusätzliche Linie erhalten. Wir werden sie bis 2018 bis zu den Elbbrücken verlängern, wo wir sie mit der S-Bahn verknüpfen wollen. Bei einer möglichen Austragung der Olympischen Spiele 2024 oder 2028 in Hamburg wird die U4 Richtung Süden verlängert. Oldenfelde soll noch in diesem Jahrzehnt eine eigene U-Bahnstation an der U1 bekommen. Auch eine Ausfädelung der U4 im Bereich Horner Rennbahn in Richtung Horner Geest werden wir in Angriff nehmen. Bereits heute laufen die Vorarbeiten für eine weitere U-Bahnlinie 5. In den zwanziger Jahren werden wir mit dem Bau erster Abschnitte dieser neuen Linie beginnen. Sie wird dichtbesiedelte Stadtteile wie den Osdorfer Born und Lurup, Bramfeld und Steilshoop ebenso wie die Arenen im Volkspark an die Innenstadt anbinden und stark genutzte Buslinien wie die Metrobuslinie 5 entlasten. Auf allen Linien sollen dann die neuen U-Bahnzüge vom Typ DT 5 zum Einsatz kommen. Der Ausbau der U-Bahn ist eine weitsichtige Entscheidung: Es ist das leistungsfähigste, verlässlichste und bei den Fahrgästen seit langem beliebteste innerstädtische Verkehrsmittel, das auch noch in 50 Jahren Kapazitätsreserven haben wird.

Antworten der SPD

5. Wesentlich mehr Frauen als Männer arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Was kann dagegen getan werden? Wie wollen Sie gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchsetzen?

Wir setzen uns ein für „Gute Arbeit“ und sorgen für mehr soziale Gerechtigkeit in Hamburg. Wir haben mit dem Hamburger Mindestlohngesetz gehandelt, durch das ein Landesmindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde für Stadt, öffentliche Unternehmen, deren Tochterunternehmen und Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen eingeführt wurde. Dieser Mindestlohn wird überprüft und erhöht. Ende 2013 konnten wir auf Bundesebene in der Großen Koalition die Einführung eines in Deutschland flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde durchsetzen. Dieser ist am 1.1.2015 in Kraft getreten. Auch in Hamburg wird der regelmäßig angepasste bundesweite Mindestlohn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ausbeutung schützen. Der Mindestlohn ist ein wichtiger Punkt für die soziale Gerechtigkeit und um der Entgeltungleichheit zu begegnen.

Auch in anderen Bereichen prekärer Beschäftigung handeln wir. Dies betrifft den Missbrauch der Leiharbeit und die sachgrundlose Befristung.

Unser Ziel ist gute Arbeit. Sie soll fair bezahlt sein, nicht krank machen und familienfreundlich und altersgerecht gestaltet sein. Wir werden insbesondere in allen von der Stadt beeinflussbaren Bereichen dafür Sorge tragen, dass die Prinzipien und Grundlagen von „Guter Arbeit“ überall gewährleistet werden – die Stadt muss Vorbild sein. Dabei muss unser Augenmerk auch darauf liegen, dass Menschen eine Lebensperspektive aus ihrer Arbeit entwickeln können. Hamburg wird sich daher dafür einsetzen, dass befristete Arbeitsverträge die Ausnahme bilden und für eine Befristung strenge Regularien aufgestellt werden.

Die unterschiedliche Entlohnung von Männern und Frauen ist nicht zu akzeptieren. Auch über Hamburg hinaus werden wir uns daher auch weiterhin auf Bundesebene für Entgeltgerechtigkeit von Frauen und Männern einsetzen. Als Stadt mit zahlreichen öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen ist Hamburg ein wichtiger Arbeitgeber und muss gerade hier Vorbild in Sachen Gleichstellung sein.

Mit dem neuen Gleichstellungsgesetz sorgen wir dafür, dass Frauen im öffentlichen Dienst bessere Chancen haben, höherwertige Tätigkeiten auszuüben und mehr Führungsverantwortung zu übernehmen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen so gestalten, dass auch Männer die Möglichkeit haben, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.